

scher, also serbischer Seite ausgeführten kriegerischen Einfall in albanisches Gebiet. Ein südslawischer Offizier an der albanischen Grenze, der dem befehlhabenden albanischen Offizier das Ultimatum stellte, die Stellungen am Fluße Drina innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Der albanische Offizier übersandte das Ultimatum der Regierung in Tirana, die beim Völkerbund telegraphischen Protest erhob. Nach Ablauf der 24 Stunden besetzten die südslawischen Truppen nach ernsthafter Beschießung die Stadt Krass und ihre Umgebung. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung über diesen dreifachen Handstreich und bereitet sich auf Widerstand vor.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen "Rote Fahne", Landtagsabgeordneter Werner Schölem, ist festgenommen worden. Der Haftbefehl ist wegen dringenden Verdachts des Hochverrats erlassen worden, nachdem der preussische Landtag die strafrechtliche Verfolgung genehmigt hatte.

Paris. Der "Matin" meldet, daß die neue Besprechung zwischen Loucheur und Winiker in Athen in Athen am 1. und 2. Oktober stattfinden wird.

London. Die Berichte aus Irland lauten nicht sehr ermutigend, die Unruhen in Belfast scheinen einen ziemlichen Umfang angenommen zu haben.

Budapest. Von der Galerie der Nationalversammlung wurden auf den ehemaligen Präsidenten der Versammlung Károlyi fünf Revolvergeschosse abgegeben, die jedoch niemanden trafen. Der Täter wurde festgenommen.

Konstantinopel. Die Türken sollen die Stadt Seb el Ghay besetzt haben. Die türkischen Vortruppen befinden sich angeblich 20 Kilometer östlich von Seb el Ghay. Die Besetzung von Seb el Ghay wird behauptet.

Helsingfors. Nach Moskauer Nachrichten hat das ausrufische Zentral-Exekutiv-Komitee den Präliminarfrieden mit Norwegen am 19. September ratifiziert.

Parlamentarischer Aufakt.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Der Dienstag und Mittwoch bedeuten den Anfang der parlamentarischen Winterarbeit. Der Reichstag und der preussische Landtag nehmen an diesen Tagen ihre Sitzungen wieder auf, mit denen ein sehr wichtiges Stück politischer Einwirkung verknüpft ist. Es handelt sich, kurz gesagt, darum, durch die Beschlußfassung über ein neues großes Steuerprogramm die Grundlagen für die Erfüllung des Ultimatums — soweit dieses überhaupt erfüllbar ist — zu schaffen und damit die außenpolitische Stellung Deutschlands zu sichern. Im Innern aber ist die Voraussetzung für diese Steuererhebung eine Umgruppierung der Parteien, die die Regierung stützen, und die aus ihren Reihen die Ministerposten besetzen. Nachdem der ganze Sommer der Vorbereitung dieser Umbildung der Regierung gewidmet war, hat es jetzt den Anschein, daß das Ziel, eine große Koalition der Mitte, nicht mehr in unmittelbarer Ferne liegt, doch dürfte immerhin noch eine geraume Spanne Zeit vergehen, ehe ein festes Ergebnis erreicht ist, welches den Beginn sachlicher fruchtbringender Arbeit gestattet. Die ersten Wochen der Reichstagsarbeit werden voraussichtlich in der Hauptsache neue Verhandlungen zwischen den Parteien bringen, die für die Neubildung der Regierung in Frage kommen, ferner wird es eingehende Erörterungen der allgemeinen politischen Lage geben, wie sie durch die mit der Ermordung Erzbergers zusammenhängenden Ereignisse geschaffen worden ist. Einige Interpellationen stehen in diesem Zusammenhang in Aussicht, und bald wird wegen der Parteitage der Volkspartei und der Demokraten eine Unterbrechung der Sitzungen nötig werden. Auch die preussische Regierungsfrage, die nur im Zusammenhang mit der Umbildung der Reichsregierung gelöst werden kann, wird noch den Anlaß zu manchen schwierigen Verhandlungen bilden, ehe die Parlamente sich wieder in der gewohnten Bahn gleichmäßiger Arbeit bewegen können.

Am Montag hat in Berlin als Einleitung der parlamentarischen Tätigkeit eine Zusammenkunft der Führer der Koalitionsparteien, mit dem Reichskanzler stattgefunden, bei der die gesamte politische Lage nebst den besonderen Problemen der Regierungsumbildung erörtert wurde. Im Vordergrund stand ein Bericht des Wieder- und Außenministers Dr. Rathenau über seine Verhandlungen mit Loucheur. Ferner handelte es sich bei den Besprechungen um die bevorstehenden Arbeiten des Reichstages, insbesondere um die Frage, in welcher Reihenfolge die einzelnen Gesetzesvorlagen zur Erledigung gebracht werden sollen. Auch mit den Führern der Deutschnationalen, der Volkspartei und den Unabhängigen hatte der Reichskanzler getrennte Unterredungen. Die Besprechungen über die Regierungsfrage sind aus dem Stadium der grundsätzlichen Bereitschaft des Zusammenarbeitens von Volkspartei und Sozialdemokraten noch nicht herausgekommen.

Die Deutsche Volkspartei hat einen Ausschuss von mehreren Mitgliedern eingesetzt, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung möglich wäre. Wie verlautet, werden die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger in Personal- oder Ressortforderungen, als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellen Gebieten, bestehen. Man sieht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reiches als außerordentlich ernst und gefährdet an und würde zu einer Mitarbeit sich nur bereitfinden, wenn eine ergiebige Mittel angewendet werden, um das Glanz der Reichsfinanzen zu beseitigen. Da diese Haupt- und Kernfrage der deutschen Politik selbstverständlich auch bei allen andern Parteien die gleiche Bewertung findet, so ergibt sich daraus von selbst, auf welchen Wegen sich die politischen Beratungen der nächsten Wochen bewegen werden.

Zurückgehaltene Spende für Oberösterreich.

Amerikanische Millionen in französischen Händen.

Eine ganz merkwürdige Angelegenheit kommt soeben ans Tageslicht. Sie scheint ein weiterer Beweis dafür zu sein, mit welcher Parteilichkeit die französischen Beauftragten in Oberschlesien ihres Amtes walten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika sind, wie jetzt bekannt, riesen Summen, man spricht von rund 50 Millionen Mark, für die durch den letzten Vorkriegsstand geschädigten Oberschlesier gesammelt und an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Oppau, den französischen General Le Rond, überwiesen worden. Eine Mitteilung an deutsche Kreise über diese große Stiftung ist bisher nicht erfolgt.

Zufällig wurde die Tatsache der Schenkung erst in Oberschlesien bekannt, als ein hoher englischer Offizier sich vor einigen Tagen an eine führende deutsche Ver-

treterin wandte und dabei erwähnte, daß die englische Vertretung bei der Interalliierten Kommission gern die deutschen Vorschläge über die Verteilung der amerikanischen Millionen hören würde. Der Offizier war sehr erstaunt, daß die deutschen Kreise in völli ger Unkenntnis über die amerikanische Sammlung waren. Der englische Offizier erklärte dann weiter, daß er selbstverständlich auch den deutschen Standpunkt vertreten, die amerikanischen Millionen müßten ausschließlich den durch den Vorkriegsstand geschädigten Oberschlesiern und ober-schlesischen Flüchtlingen zugute kommen. Ein Gerücht, nach dem das rote Kreuz einen Teil des Geldes erhalten haben sollte, stellte sich als falsch heraus. Der Grund für die Zurückhaltung soll, wie weitere Feststellungen ergaben, darin liegen, daß die Franzosen in der Interalliierten Kommission den Plan festhalten, die 50 Millionen zur Hälfte an deutsche und zur Hälfte an polnische Organisationen in Oberschlesien geben. Dem steht aber eine direkte Anweisung der amerikanischen Geber entgegen, die ausdrücklich verlangt haben sollen, die Interalliierte Kommission müsse Gewähr dafür bieten, daß keinerlei Geldzuweisungen an solche Personen erfolgen, die am polnischen Aufstand teilgenommen haben. Alle Versuche, genügende Aufklärung über die Sache zu erhalten, sind bisher vergeblich geblieben.

Die Trauerfeier in Oppau.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Ludwigshafen, 26. September.
Gestern vormittag fand bei den Ehrengräbern der bei der Explosionskatastrophe getöteten Personen die Trauerfeier statt, unter Beteiligung einer großen Zahl von Arbeitervereinen und Gewerkschaften. Die Zahl der Teilnehmer an der Trauerfeier wird auf 75 000 geschätzt. Es waren erschienen: Reichspräsident Ebert, der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der badische Staatspräsident Trunk, der badische Minister des Innern, Vertreter der bayerischen Regierung, Reichstags- und Landtagsabgeordnete der verschiedenen Länder, die Oberbürgermeister der Städte Mannheim und Ludwigshafen und Vertreter der Befugnisbehörden. Der Vertreter des Generals Tirard, General de Wey, sprach dem badischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Beileid aus und legte an den Gräbern einen kostbaren Kranz nieder. Im Namen der Reichsregierung und des Reiches dankte Reichspräsident Ebert dem General für die Anteilnahme und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß am Grabe der Opfer die Menschlichkeit über die Landsgrenzen reiche. Den Worten des Reichspräsidenten schloß sich Graf Lerchenfeld an. Im Namen des Generals Dagoutte und der französischen Armee sprach General Dougan aus Laudaau Beileidsworte, auf die der Reichspräsident und der bayerische Ministerpräsident antworteten. Die Vertreter der Befugnisbehörde verabschiedeten sich hierauf mit der Begründung, die nationale Feier für die Toten durch ihre Anwesenheit nicht stören zu wollen.

Die eigentliche Trauerfeier wurde mit einem Musikstück und einem Chorgesang sämtlicher Männergesangsvereine von Ludwigshafen und den Vororten eingeleitet. Dann sprach der Oberbürgermeister von Ludwigshafen und Vertreter der Arbeiterchaft, der Gewerkschaften und der Direktion der badischen Anilin- und Sodafabrik. Hierauf ergriff Reichspräsident Ebert das Wort, um den Leidtragenden das Mitgefühl des ganzen deutschen Volkes auszudrücken, das sich solidarisch wisse in der Pflicht, die Not der Oppauer Bevölkerung nach besten Kräften zu lindern. Er sagte u. a.: „Wir beklagen an dieser Stelle so viele pflichterene Arbeiter, die einer furchtbaren Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hat das furchtbare Unglück Anteilnahme erweckt. Aus allen Teilen der Welt sind uns Teilnahmebekundungen und wertvolle Hilfe übermitteln worden. Ich spreche hierfür unseren herzlichsten Dank aus.“ Der Reichspräsident gab schließlich der Hoffnung auf die Wiederherstellung der zerstörten Werke Ausdruck. Nach ihm sprach der bayerische Ministerpräsident, der badische Staatspräsident und der Vertreter der preussischen Reichsregierung. Von allen Rednern wurden Kränze niedergelegt. Mit einem Trauermarsch und einem allgemeinen Trauergeläute fand die Trauerfeier ihren Abschluß.

Die Ursachen der Katastrophe.

Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen über die Ursachen der Katastrophe, die bei der Trauerfeier vom Direktor Bosh, dem Begründer der Oppauer Fabrik, gemacht wurden. Zunächst gab er eine kurze Schilderung von den mühevollen und gefährlichen Untersuchungen, die schon lange vor dem Kriege in der Stickstoffabrikation ausgeführt worden sind. Die wirtschaftliche Not, die schlechte Ernährung, die der Krieg dem deutschen Volke brachte, haben unerbittlich zum weiteren Ausbau dieser Industrie gezwungen. Man sei sich darüber klar gewesen, daß diese Industrie Gefahren für die Arbeiterschaft birge. Aber die Chemiker der Fabrik hätten immer ihre Pflichten genauestens erfüllt, keine Vorsichtsmaßregel außer acht gelassen, und auch im vorliegenden Falle treffe die Direktion keine Schuld. Eine neue unbekannte Naturkraft habe alle bisherigen Bemühungen zunichtegemacht, und mit Schrecken habe man erkennen müssen, daß der Stoff, der bestimmt war, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, sich plötzlich als grimmiger Feind erwiesen habe. Von anderer Seite wird dazu bemerkt, daß die Explosionsgefahrlichkeit von Ammoniumsulfatpeter schon früher bekannt gewesen sei.

Gründung eines Hilfsauschusses.

Unter Beteiligung der Reichsbehörden des bayerischen Handelsministers, des badischen Arbeitsministers und anderer Behördenvertreter der Spitzenorganisationen von Handel und Industrie und Arbeitnehmer, sowie der Führer der Wohltätigkeitsorganisationen und den Vertretern der Presse wurde in Berlin die Gründung eines Reichshilfsauschusses für Oppau beschlossen. Der Ausschuss hat bereits einen Aufruf für die Opfer der Katastrophe erlassen. Spenden werden auf die Postkonten Berlin Nr. 117 000, Frankfurt a. M. Nr. 55 000 und Ludwigshafen Nr. 15 000 entgegengenommen. Die Eröffnung weiterer Annahmestellen steht bevor.

Der französische Oberkommissar Tirard hat angesichts des außerordentlichen Umfangs der Katastrophe eine neue Summe von 10 000 Franken überwiesen, die den Hinterbliebenen der Opfer durch Vermittlung des Bezirksrates, der Bürgermeister der verwundeten Ortschaften und der katholischen und protestantischen Geistlichkeit von Ludwigshafen zuzuführen soll.

Neue Feststellungen über die Opferzahl.

Nach den bisher durch das Ludwigshafener Bürgermeisterrat veröffentlichten Listen der bei der Explosion verunglückten Personen sind 235 Tote gemeldet, die mit Namen einwandfrei festgestellt sind, und außerdem 75 Tote, die unerkannt dem Friedhof übergeben worden. Seitens der Angehörigen sind bisher 69 Personen benannt gemeldet worden. In den Krankenhäusern der Gegend in Mannheim, Heidelberg usw. sind 519 Verwundete auf-

genommen worden. Die vielfach verbreitete Nachricht, daß unter den Trümmern des Werkes Oppau noch Lebende seien und sich durch Zeichen verständigt hätten, trifft nicht zu.

Volkstümliche Rechtspflege.

Erhöhte Mitwirkung der Schöffen. — Neue Gesegentwürfe.

Die Bestrebungen, die deutschen Gerichte und ihre Tätigkeit möglichst zu vereinfachen und der Neuzeit anzupassen, umfassen außer der großen, seit Jahren in Angriff genommenen Reform des Strafgesetzbuches auch eine Reihe Einzelmaßnahmen, über die wir aus dem Reichsjustizministerium folgende Einzelheiten erfahren:

Der Wunsch, an der Rechtsprechung der Strafgerichte Daten in weit größerem Umfange als bisher zu gewinnen, erscheint berechtigt und so dringlich, daß er schleunigt und noch vor der Durchführung der großen Reform erfüllt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Strafrechtsprechung berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst erweitert wird. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tagelöhner der Schöffen und Schwurjuroren zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein kürzlich dem Reichsrat vorgelegter Gesegentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausschüssen für die Auswahl der Schöffen und Schwurjuroren entsandten Vertrauensmännern Tagelöhner gewährt werden sollen. Ein Gesegentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und dem Schwurjuroramt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich ein Gesegentwurf, der eine

Umformung der Strafgerichte

bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilten, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Weiterhin liegen dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafen, eine

Ausdehnung der Geldstrafe

und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorseht. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in kürzester Zeit im Reichsrat zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafvorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden. Neben diesen Gesegentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte

Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch

hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorarbeiten des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Äußerungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Gänzender Abschluß der Autorennen

(Massenbesuch im Grunewald. — Spannende Kämpfe.)

Berlin, 26. September.

Nicht weniger als eine halbe Million begeisterte Sportfreunde fanden sich am zweiten Renntage bei der neuen Grunewaldbahn ein, und 60 000 Besucher hatte die gleichzeitig stattfindende Automobilausstellung am gleichen Tage zu verzeichnen — solche Ziffern beweisen, einen wie außerordentlichen Erfolg der Automobilrennsport mit dieser einzigartigen, zudem vom prachtvollsten Wetter begünstigten und im Gegensatz zu früheren Rennen durch keinen Unglücksfall getriebenen Veranstaltung ertragen hat. Die 10 000 Tribünenplätze füllten natürlich nur den kleinsten zahlungsfähigsten Bruchteil der Zuschauer-mengen, die in dichten Scharen die 10 Kilometer lange Bahn umlagerten und sogar die Bäume erfletterten, um von oben die spannenden Kämpfe zu verfolgen, die sich besonders in den gefährlichen Kurven entwickelten.

Die drei Rennen des zweiten Tages wurden von Wagen zu 6, 8 und 10 Pferdestärken bestritten. Das erste führte über 120 Kilometer, also sechsmal um die lange Bahn. Sieger wurde ein Wagen der Firma Ag a (Fahrer Philipp) in 63 Minuten 23 Sekunden, Zweiter Dixi (Fahrer Heintze) in 69 Minuten 35 Sekunden und Dritter Dixi (Fahrer Braun) in 69 Minuten 36 Sekunden. Beim zweiten Rennen für 8 P.S.-Wagen über 140 Kilometer schieden alle Konkurrenten wegen Motorschäden während des Rennens bis auf einen aus. Dieser, ein Dino 8-Wagen (Fahrer Dunlop), bewältigte seine Aufgabe in 1 Stunde 17 Minuten und 14 Sekunden.

Besonders aufregende Augenblicke brachte das dritte Rennen der 10 P.S.-Wagen, bei welchem der Sieger des ersten Renntages, Fritz v. Opel, wieder im Wettbewerb stand und mit seiner überaus temperamentsvollen und mutigen Fahrweise alles in anstrengender Spannung versetzte, besonders wenn er bei den 8 Kurven in fast unverminderter Geschwindigkeit in die enge Südkurve raste. Dennoch war ihm diesmal infolge eines Versagens der Zylinder seines Motors der Sieg nicht beschieden. Ein von Kieckens gesteuerter A. A. G.-Wagen, der in bewundernswürdiger Sicherheit das ungemein scharfe Tempo von etwa 130 Kilometern pro Stunde fast gleichmäßig durchhielt, konnte den Opelwagen, der in den letzten Runden nur noch mit drei Rädern fuhr, überholen und ging mit 1 Stunde 13 Minuten und 51 Sekunden für die 160 Kilometer als Erster durchs Ziel. Da diesmal von elf startenden Wagen zehn bis zum Schluß durchhielten, gab es in diesem Rennen natürlich besonders viele spannende Einzelkämpfe mit Überholungen und wechselnden Aussichten auf den Erfolg. Die Geschwindigkeit der schnellsten und der langsamsten Wagen unterschied sich für die ganze lange Fahrt nur um ungefähr eine Viertelstunde. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es sich dabei um Fahrzeiten handelt, bei denen die Wagen 30 bis 35 Meter in jeder Sekunde über die Bahn fliegen, also durchschnittlich 100 Meter entfernt sind, ehe man sozusagen bis drei zählt. Schnelligkeiten, die diejenigen der raschesten D-Jäger weit übertreffen.

Zum Schluß der Veranstaltung, während die Flugzeuge über der Rennbahn kreisten, fuhrren mehrere feierliche Wagen mit Kränzen geschnitten an den Tribünen vorbei, während sie von einem andern Automobil als kinematographisch aufgenommen wurden. Unter brandendem Beifall der Besucher für die Fahrer und die Fabrikanten, die mit diesen Rennwagen neue Zeugnisse vom Fortschritt des deutschen Gewerbes abgelegt haben, fanden die feierlichen Tage mit dieser Ehrenrunde ihren Abschluß.

Sächliche

Wien
Eonnenautgang
Eonnenuntergang
1803 Maler
Ritter gest. —
Stiftung Straßburg
naßentmal auf

Das Reich
die Festlegung
Schäden aus An
ist die Errichtung
Ausschüssen
der Einrichtung
Vorentscheidungen
Amt ist die Ges
schädigungsamt
Diensträume sich
befindend. Die
heuten, die das
amies für Krieg
bet ferner über
oder Verbänd
drängungsbedür
landschädigung
bei der Geschäfts
vertretungen der
stellen einzureich
der Vorprüfung
schluß sehr nä
leit der Stellen

Schmid
nahme neuer
lichen Ländern
fürsorge, E. V.
Totenfontain
Lage, außer in
Kumänien, Pol
deutsche Kriegs
Die insgesamt i
dem September
bekanntgeben.
Rathhäufigkeit

Haushof,
uns eine große
per Bahn, teils
lange Volk in ge
lich um den Hand
hier, an welche
neue Dramatische
dem Zuge befanden

Als eine
Mühle Einhard
August bis 35. De
nach und nach
Werte von mehr
Sachen bei ihrer
Die Diebin wurde
bei ihren Eltern
in jämliche gefolter
juridisch gegeben
+ Rein Harig
nummehr zur Ein
in der letzten Ze
gefehlt worden. Z
verhältnismäßig
gesammelt dieser
von Münzen ist
heraus mit Ha
+ Das südlich
Landeslebensmit
ist. Die
Landeszentralbeh
Aufgaben erledig
schalt. Mit der
die durch Sonder
Belle, Verwaltungs
Ostl. Verwaltungsa
kulturmittelstelle
auf weiteres als
Landwirtschaft, be
+ Die neuen
Arzt. Wir weisen
im Drisoperhebr
+ Die 7. 2011
unter die Gemein
bekannt macht, in

Im

Do gab es
die sich wieder
leidigungsfähig
auch der Staa
erhöhen.

Gute und
Pronger gest
hängigkeit sch
tamen vielleicht
wurde aber am
Vicht gegeben
der allzu ver
Tausende arm
geworden.

Ruch der M
widerholt gen
und erstreck
sch, aber, als
Gerade jetzt
an der Wärf
som erworben
und aus dem
angeben.

Die letzten
eine große Que
erwartete Gef
und auch gar
ke Grundstücks
erhielt, hatte
Flaenbergs
neuen unter
des Baters ge
das das unang
man immer
Garten hängen
... nährliche
... mal hat